



Rechtsausschuss

46. Sitzung (öffentlich)

26. August 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Ingo Wolf (FDP)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

- 1 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Gemeinde Augustdorf sowie weiterer 51 Städte und Gemeinden, das Erste Gesetz zur Umsetzung der VN-Behinderten-Rechtskonvention in den Schulen (9. Schulrechtsänderungsgesetz) vom 5. November 2013 (GV. NRW. S. 618) verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung**

6

VerfGH 8/15

Vorlage 16/3082

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten, eine Stellungnahme abzugeben.

- 2 NRW muss Druck machen – Für eine berufsrechtliche Regelung zur Befreiung von Syndikusanwälten von der gesetzlichen Rentenversicherung** **8**

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Da das entsprechende Verfahren auf Bundesebene noch läuft, wird einvernehmlich beschlossen, diesen Tagesordnungspunkt zu schieben.

- 3 Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen vor dem Kollaps – Rot-Grün muss belastbares Konzept für die Zukunft des Strafvollzuges vorlegen und nicht willkürlich Haftplätze abbauen!** **9**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8940

Der Ausschuss einigt sich dahin gehend, dass zunächst die erbetenen Zahlen vom Ministerium vorbereitet und zeitnah gestellt werden. Die Obleute werden sich dann über das weitere Verfahren verständigen.

- 4 Nordrhein-Westfalen muss hessische Bundesratsinitiative zur Schaffung eines neuen Straftatbestandes für tätliche Angriffe auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte unterstützen!** **13**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8979

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt zu schieben und bei der nächsten Sitzung wieder aufzurufen.

- 5 Eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle für Nordrhein-Westfalen schaffen** **14**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8974

- 6 Tätigkeitsbericht des Justizvollzugsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen 2013/2014** **15**
- Vorlage 16/2962
- Stellungnahme der Landesregierung
Vorlage 16/3141
- 7 Vorgänge in Personalangelegenheiten in der JVA Wuppertal-Ronsdorf** (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) **18**
- In Verbindung mit:
- Anstaltsleitung nach Gutsherrenart in der JVA Wuppertal-Ronsdorf** (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **18**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3142
- 8 Evaluation des Ausführungsgesetzes zu § 15a EGZPO** (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **28**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3143
- ohne Diskussion –
- 9 Kurzer Prozess für Kriminelle: Positive Bilanz des Pilotprojekts in Düsseldorf – Besonders beschleunigte Verfahren unverzüglich landesweit ausdehnen** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **29**
- Vorlage 16/3144
- Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen.
- 10 Sachstand strafrechtlicher Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) NRW** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **30**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3145
- ohne Diskussion –

- 11 Sachstand strafrechtlicher Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **31**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3146
- ohne Diskussion –
- 12 Verschiedenes** **32**
- a) Auswärtige Sitzung in Münster
- Die Sitzung am 28. Oktober 2015 soll als auswärtige Sitzung beim Verwaltungsgericht in Münster stattfinden.
- b) Beratungsverfahren zum Haushalt
- Mit E-Mail vom 17. August 2015 ist den Obleuten ein Zeitplan für die diesjährigen Haushaltsplanberatungen übersandt worden. Hierzu wird die Übereinstimmung festgestellt.
- c) Beratungsverfahren zum Richter- und Staatsanwältegesetz
- d) Sitzungstermin 1. Juni 2016
- Der Sitzungstermin vom 1. Juni 2016 wird auf den 25. Mai 2016 vorverlegt, da am ursprünglichen Sitzungstermin eine JuMiKo stattfindet.